



Brüssel, den 9. Juni 2016  
(OR. en)

10092/16

INST 261  
POLGEN 53  
AG 7  
CODEC 861

## VERMERK

---

Absender: Vorsitz  
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat  
Betr.: Jährliche Programmplanung  
- Umsetzung der Arbeitsprogramme der Kommission für 2015 und 2016

---

Gemäß den praktischen Modalitäten des Rates<sup>1</sup> erhalten die Delegationen im Hinblick auf die Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) am 24. Juni 2016 einen Vermerk des Vorsitzes über die Umsetzung der Arbeitsprogramme der Kommission für 2015 und 2016 (s. Anlage).

---

<sup>1</sup> Dokument 6879/16.

## **VERMERK DES VORSITZES**

### **Umsetzung der Arbeitsprogramme der Kommission für 2015 und 2016**

*Die vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 24./25. Juni 2014 angenommene strategische Agenda gibt Leitlinien für die Arbeit der Europäischen Union in den nächsten fünf Jahren vor. Der Schwerpunkt der Arbeitsprogramme (AP) der Kommission für 2015 und 2016 liegt auf einer Reihe zielgerichteter Schlüsselstrategien, die auf den zehn Prioritäten basieren, die in den politischen Leitlinien des Kommissionspräsidenten in Anlehnung an die Strategische Agenda enthalten sind. Der Rat hat es begrüßt, dass die Kommission in ihren Arbeitsprogrammen für 2015 und 2016 den Schwerpunkt gezielt auf vorrangige Initiativen legt, die weitgehend der Strategischen Agenda entsprechen.*

*Generell enthielt das AP 2015 eine Reihe von Schlüsselstrategien, die die Grundlage für die Ausarbeitung weiterer konkreter Vorschläge im AP 2016 gebildet haben. Die vorrangigen Schwerpunkte sind Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (einschließlich Binnenmarkt und digitaler Binnenmarkt), Energieunion, Wirtschafts- und Währungsunion, Migration, Sicherheit und Außenbeziehungen (insbesondere Handel).*

*In all diesen Bereichen sind erhebliche Fortschritte erzielt worden. Allerdings müssen 2016 einige wichtige Initiativen noch in die Wege geleitet werden. Weitere Initiativen für die Zeit nach 2016 sind bereits angekündigt worden. Folglich wird erwartet, dass im Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 der Schwerpunkt nach wie vor zum großen Teil auf der Weiterentwicklung der Schlüsselstrategien liegen wird. Nachfolgend findet sich ein umfassender Überblick über die Umsetzung der Arbeitsprogramme für 2015 und 2016 mit Hinweisen zu einigen wichtigen Ergebnissen, die auch die Zeit nach 2016 betreffen<sup>2</sup>.*

*Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:*

- Sind die von der Kommission für 2017 gewählten Bereiche angesichts der in der Strategischen Agenda genannten Prioritäten weiterhin die richtigen Bereiche?*
- Gibt es innerhalb dieser prioritären Bereiche besondere Aspekte oder konkrete Maßnahmen, die sinnvollerweise in das Arbeitsprogramm für 2017 aufgenommen werden könnten?*

\*\*\*\*\*

Die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen für **Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit** war bzw. ist ein Eckpfeiler der Arbeitsprogramme für 2015 und 2016. Eine Reihe individueller Schwerpunktbereiche bringen diese Agenda unmittelbar voran: Binnenmarkt, Kapitalmarktunion, digitaler Binnenmarkt und TTIP. Hierzu gehören insbesondere folgende Bereiche:

---

<sup>2</sup> Der Überblick basiert im Wesentlichen auf einigen sehr wichtigen "neuen Initiativen", die den Arbeitsprogrammen für 2015 und 2016 beigefügt sind.

- Die Leitinitiative ist der Europäischer Fonds für strategische Investitionen (**EFSI**), der im Juni 2015 verabschiedet wurde. Der Schwerpunkt liegt jetzt auf der Umsetzung: Eine Bewertung des EFSI durch die Kommission ist Anfang Juni veröffentlicht worden und soll dem Europäischen Rat auf seiner Juni-Tagung vorgelegt werden. Ein Vorschlag zur Verlängerung des EFSI ist für die zweite Jahreshälfte 2016 angekündigt worden.
- Die Vollendung des **Binnenmarktes** ist nach wie vor eine der obersten Prioritäten und soll die Wettbewerbsfähigkeit verbessern und gleichzeitig Fairness und gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten. Eine Reihe von Vorschlägen und Initiativen wurde vorgelegt, einschließlich einer neuen Binnenmarktstrategie, ferner Maßnahmen in Bezug auf die Mehrwertsteuer und die Zusammenarbeit im Steuerbereich sowie REFIT-Initiativen. Der erste Teil des Maßnahmenpaketes für die Mobilität der Arbeitskräfte liegt vor ("Entsendung von Arbeitnehmern"), während der verbleibende Teil im weiteren Verlauf des Jahres 2016 erwartet wird. Eine Bestandsaufnahme zum Binnenmarkt (mit Kapitalmarktunion und digitalem Binnenmarkt) wurde mit Blick auf eine Einigung über eine Binnenmarktagenda auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates erstellt. Es ist davon auszugehen, dass wichtige Initiativen zur - unter anderem - Körperschaftsteuer (gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer) und Verteidigungsindustrie noch im Laufe des Jahres 2016 auf den Tisch kommen.
- Die **Kapitalmarktunion** hat sich durch eine Reihe konkreter Vorschläge und Initiativen weiterentwickelt, die der Erleichterung des Zugangs zum Kapitalmarkt und somit der Förderung von Investitionen dienen. Zahlreiche neue Initiativen werden noch für 2016 und darüber hinaus erwartet - auch Initiativen zur Unterstützung der Finanzierung von Innovationen und KMU.
- Mit den jüngsten Vorschlägen im Bereich audiovisuelle Mediendienste und elektronischer Geschäftsverkehr hat die Kommission die Agenda für den **digitalen Binnenmarkt** weiter vorangebracht. Mehrere Initiativen wurden für das Jahr 2016 und darüber hinaus angekündigt, einschließlich konkreter Maßnahmen in Bezug auf Online-Plattformen (vgl. auch die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25./26. Juni 2015). Auch die kürzlich verabschiedeten Rechtsvorschriften zu Datenschutz und Roaming unterstützen diese Agenda.
- Die Kommission hat das **Paket zur Kreislaufwirtschaft** und in der Folge konkrete Vorschläge unterbreitet. Eine Reihe weiterer Maßnahmen sind für 2016 und darüber hinaus geplant. Eine Initiative mit dem Titel "Nächste Schritte für eine nachhaltige Zukunft Europas" wurde angekündigt.
- Initiativen zur **Förderung der Entwicklung von Kompetenzen** sollten Anfang Juni vorgelegt werden, mit denen unter anderem die Beschäftigung junger Menschen - auch als Follow-up zu der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen - gefördert werden soll.

Die **Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens** erfolgt voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2016. Halbzeitüberprüfungen der nicht legislativen Aspekte der einzelnen sektorspezifischen MFR-Programme sind für 2017 geplant.

Die Umsetzung einer anderen wichtigen strategischen Priorität, nämlich der **Energieunion**, ist durch eine Reihe von Maßnahmen in Bezug auf die fünf miteinander verknüpften Aspekte (Versorgungssicherheit, Energiemarkt, Energieeffizienz, Klimaschutz sowie Forschung und Innovation) weiterverfolgt worden. Weitere entscheidende Initiativen werden noch für 2016 und darüber hinaus erwartet, und zwar insbesondere als Folgemaßnahmen zum Übereinkommen von Paris und zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030, womit den Beschlüssen des Europäischen Rates Folge geleistet wird.

Was die **Wirtschafts- und Währungsunion** anbelangt, so hat die Kommission Maßnahmen zur Umsetzung der Phase 1 des Berichts der fünf Präsidenten vorgelegt, darunter die Vollendung der Bankenunion (insbesondere den "EDIS"-Vorschlag), ein erneuertes Europäisches Semester und einen ersten konkreten Entwurf der "Säule sozialer Rechte". Weitere Überlegungen sind für das Jahr 2017 angekündigt, die sich auch auf Phase 2 des Berichts beziehen.

Den Herausforderungen im Bereich **Migration** wurde sowohl durch unmittelbare als auch längerfristige Initiativen Rechnung getragen und somit auch eine Antwort auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates gegeben. Die Kommission hat ausgehend von ihrer **Europäischen Migrationsagenda** bislang Vorschläge zu allen vier Säulen dieser Agenda vorgelegt: Reduzierung der Anreize für irreguläre Migration, Grenzmanagement, gemeinsame Asylpolitik und - kürzlich - legale Migration (einschließlich der Überarbeitung der "Blue Card-Richtlinie"). Weitere Vorschläge, unter anderem zu Asylfragen, werden noch für 2016 erwartet. **Externe Aspekte** der Migration wurden insbesondere auf Ebene der Staats- und Regierungschefs im Aktionsplan von Valletta und im Aktionsplan/in der gemeinsamen Erklärung EU-Türkei vom 18. März 2016 behandelt. Eine Mitteilung zu den externen Aspekten der Migration ist Anfang Juni vorgelegt worden und soll auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates erörtert werden. Im Justizbereich war die **Sicherheitsagenda** die Hauptinitiative und hat zu einer Reihe legislativer und nicht legislativer Maßnahmen geführt, die unter anderem auf die Terrorismusbekämpfung abzielen. Die Vorschläge zum Grenzmanagement und die kürzlich verabschiedete PNR-Richtlinie gehören zu dieser Agenda. Auch Maßnahmen zur Unterstützung der Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Verhinderung der Radikalisierung sind Teil der Agenda. Weitere Maßnahmen sind für Ende 2016 vorgesehen.

Was die **externen Prioritäten** betrifft, so hat die Kommission im Rahmen ihrer Arbeitsprogramme für 2015 und 2016 unter anderem

- einen Beitrag zu der globalen Strategie geleistet, die von der Hohen Vertreterin demnächst vorzulegen ist;
- eine Handels- und Investitionsstrategie vorgelegt, an die sich noch im Laufe des Jahres 2016 weitere Maßnahmen anschließen sollen. Die Verhandlungen über Handelsabkommen wurden fortgesetzt, auch über die TTIP. Ein Vorschlag zum **Marktwirtschaftsstatus Chinas** ist zwar im Arbeitsprogramm nicht angekündigt worden, soll aber dennoch in der zweiten Jahreshälfte 2016 unterbreitet werden;
- die Nachbarschaftspolitik überprüft und Vorschläge für die Ziele für nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 vorgelegt. Derzeit laufen die Vorbereitungen für einen Rahmen für die Zeit nach dem Cotonou-Abkommen, der für Ende 2016 angekündigt ist.

Schließlich haben sich das Parlament, der Rat und die Kommission auf eine **Interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung** geeinigt, mit der die Bemühungen zur wirksamen Umsetzung der Prioritäten und zur Gewährleistung der Zweckmäßigkeit der Rechtsvorschriften der EU im Interesse der Bürger und Unternehmen unterstützt werden sollen.